

## Offener Brief

An die Mitglieder der

- **SPD-Fraktion**
- **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**
- **CDU-Fraktion**

in der Stadtverordnetenversammlung von Rüsselsheim

Mitgliedern

- **der Fraktion Die Linke/Solidarität**
- **der Fraktion RFFW**
- **des Magistrats**
- **Redaktion Rüsselsheimer Echo**
- **Redaktion Mainspitze**

zur Kenntnis

### per Mail

Sehr geehrte Damen und Herren,  
vor der wohl endgültigen Abstimmung in der Stadtverordnetenversammlung am 10. April erlauben wir uns, Sie persönlich anzuschreiben, einmal weil wir glauben, dass unsere Argumente bei Ihrer Fraktionsführungen kaum oder nur unzureichend zur Geltung gekommen sind, zum anderen, weil wir unsere Enttäuschung über Inhalt und Stil Ihres Vorgehens zum Ausdruck bringen wollen. Auch im Hinblick auf das Gespräch vor dem Haupt- und Finanzausschuss.

Zunächst zur Sache:

Das wichtige Anliegen von Magistrat und Stadtverordnetenversammlung, die seit Jahren bestehende katastrophale Defizitlage der Stadt zu beenden, wird vom Seniorenbeirat mit Nachdruck unterstützt. Deswegen haben wir der Stadtverordnetenversammlung vorgeschlagen, die Wahl der Seniorenvertretung zusammen mit der Kommunalwahl abzuhalten, die Kosten für eine besondere Seniorenwahl würden so entfallen.

Die Einführung der Direktwahl der Seniorenvertretung wurde im Jahr 1986 von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen, die durch Wahl legitimierte Mitsprache sollte eine besondere kommunalpolitische Errungenschaft der städtischen Altenpolitik sein. In der Zwischenzeit sind etliche Städte nachgezogen, und der Trend geht eindeutig in die Richtung, die Tätigkeiten von Seniorenbeiräten hinsichtlich Mitsprache und Anhörungsrechte auch in der HGO abzusichern.

Man hätte die Direktwahl nicht einführen müssen, aber man hat es gemacht und war stolz darauf. Das 20jährige Bestehen dieses Wahlverfahrens wurde mit einem Festakt im Theater würdig gefeiert. Auch die Wertschätzung des Seniorenbeirats wurde damals zum Ausdruck gebracht.

Wir haben unsere Mitsprache im Auftrag der Stadtverordnetenversammlung ausgeführt. Sie war es, die die Direktwahl beschlossen hatte. Und da nie Kritik an uns herangetragen wurde, konnten wir davon ausgehen, dass unsere Arbeit im Interesse und zum Wohl der älteren Bevölkerung auch von Ihnen geschätzt wird. Aber offensichtlich ist dies nicht so.

Man kann ein Gremium auch wieder abschaffen, keine Frage, das ist das Recht der Stadtverordnetenversammlung. Nur dann redet man doch zuvor miteinander, benennt Gründe, stellt sich der Diskussion, sucht nach einem vernünftigen Ende usw., wie es eben unter zivilisierten, gebildeten Menschen üblich ist. Ihr Handeln empfindet der Seniorenbeirat wie das Handeln eines Gutsherrn, der seinen Knecht einfach so kommentarlos vom Hof weist. Und das nach 28 Jahren!  
Wie verdeckt und uns verletzend die Abschaffung der Seniorenwahl hier in Rüsselsheim mit Ihrer Zustimmung bisher abgelaufen ist und ablaufen soll, das dürfte wohl einmalig in der Republik sein: Am

Freitagabend (14.3. um 18.17 Uhr) ging der entsprechende gemeinsame Antrag von SPD, Grüne und CDU per Mail ein, am Dienstagabend (18.3.) darauf wurde dieser ohne jede nachvollziehbare inhaltliche Begründung oder Diskussion einfach durchgestimmt. Zu diesem Zeitpunkt hatte kein Vertreter von SPD, Grüne, CDU jemals das Gespräch mit uns gesucht. Während wir dann endlich mit Herrn Grode, Frau Schmitz-Henkes und Herrn Weber vor dem Haupt- und Finanzausschuss am 1. April sprechen, wird parallel hierzu nur einen Raum weiter ein von Herrn Grode, Frau Schmitz-Henkes und Herrn Ohlert unterzeichneter neuer vom 25. März datierter Antrag zu diesem Thema den Mitgliedern des Ausschusses auf die Plätze gelegt, ohne dass wir das erfahren bzw. den Antrag lesen dürfen. Warum diese Heimlichtuerei? Versteckter kann man eigentlich gar nicht agieren. Geschuldet ist dieses Vorgehen sicher der Tatsache, dass man sich zuvor bis auf Punkt und Komma bereits festgelegt hatte, also wieder an der Seniorenvertretung vorbei.

Sind wir Ihnen denn so gleichgültig, so unbedeutend? Gerade einmal eine halbe Stunde hatten ihre Fraktionsführungen Grode, Schmitz-Henkes und Weber uns für ein Gespräch eingeräumt. Und außer dem Argument der Kosteneinsparung wurde von diesen dabei nichts Inhaltliches vorgetragen. Aber gerade zur Kostenvermeidung haben Ihnen wir mit der Zusammenlegung von Kommunalwahl und Seniorenwahl doch vor ca. ¼ Jahr einen Weg vorgeschlagen, der problemlos begangen werden könnte. Das alleinige Argument der Einsparung von Wahlkosten kann es also nicht sein, das nehmen wir Ihnen nicht ab. Was ist es dann?

Nach den neuen Vorstellungen von SPD, Grüne und CDU soll sich die Zusammensetzung der Seniorenvertretung allein an der Mitgliederstärke der Seniorengruppen orientieren (Auszählung nach Hare-Niemeyer). Denken wir dies Verfahren doch einmal weiter und nehmen wir an, in Rüsselsheim hätte sich eine zwar legale aber radikale Ideologien vertretende Seniorengruppe (welcher Couleur auch immer, ob rechts, links, ethnisch, religiös usw. gebunden) etabliert, die wäre jetzt gemäß ihrer Mitgliederzahl zu berücksichtigen. Wollen Sie eine solche Mitsprache im Seniorenbeirat? Oder wollen Sie sich zum Zensor aufschwingen, wenn ja, mit welcher Legitimation? Hier hilft als Entscheider und Korrektiv nur eine Wahl weiter, denn dann entscheidet der Souverän, der Wähler, wer ihn vertreten soll, keine Verein, keine Club, nicht die Stadtverordnetenversammlung und auch nicht der Magistrat. Und so sollte es bleiben!

Das nun im neuen Antrag von SPD, Grüne und CDU vorgeschlagene Benennungsverfahren stellt einen Rückschritt in die Zeit vor 1986 dar, nimmt den Seniorenvertretern die durch Wahl gewährte und verpflichtende prinzipielle Unabhängigkeit, vernachlässigt aufgrund der höchst unterschiedlichen Mitgliederzahlen der Verbände das besondere Engagement kleiner Gruppen und verlagert die Entscheidung vom Bürger weg auf Vereine. Eine so gebildete Seniorenvertretung hat mit einer den demokratischen Maßstäben genügenden, nur dem Bürger/ Wähler verpflichtete Mitbestimmung wenig zu tun. Seniorenbeirat und Seniorenvertretung lehnen diese Kehrtwendung zu einer Mitbestimmung nach früherem ständischem Muster ab.

Wie dem auch sei. Sie werden jetzt am 10. April so entscheiden, wie sie sich eingeschworen haben. Damit geht ein Stück freier, eigenständiger, auf der Basis durch Wahlen legitimierter Mitsprache der älteren Bevölkerung in Rüsselsheim verloren.

Die Forderung Willy Brandts: "Mehr Demokratie wagen!" war kein Aufruf zu einer Schönwetterdemokratie, sondern ein Wachrütteln zu einer kraftvollen, offenen und tatkräftigen Mitsprache unabhängiger Bürgerinnen und Bürger, warum diese nach 28 Jahren bewährter Praxis in Rüsselsheim nach dem Willen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und CDU nun ohne Not oder finanziellen Vorteil aufgegeben werden soll, ist für uns nicht nachvollziehbar. Schade für unsere Stadt!

Liste Generationenhilfe Rüsselsheim  
Liste Katholische Pfarrei Heilige Familie  
Liste Evangelische Luthergemeinde  
Liste Sozialverband VdK  
Freie Liste  
Liste Senioren Hobby-Künstler  
Liste DGB-Senioren  
Liste Alzheimer- und Demenzkrankengesellschaft  
Liste DRK-Gymnastik

Margit Fuchs, Wolfgang Merz, Waltraud Quick  
Wolfgang Scherber, Ursula Gebler  
Dr. Karin Wagner, Irma Schmidt  
Hans Endres, Manfred Bach  
Prof. Dr. Manfred Volkmann  
Helga Lutz  
Gerhard Kämmerling  
Heribert Gerhards  
Ruth Remus